

# Commerzial

Zentral-Organ für die Interessen der im Handels-, Transport- u. Verkehrsgewerbe beschäff. Arbeiter Deutschlands.  
Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.  
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franko 1 M.  
Postzeitungsstellen: Nr. 1789.  
Verantwortl. Redakteur u. Verleger: C. Käßler, Rixdorf.

Redaktion und Exped.: Berlin SO., Gewerkschaftshaus,  
Engel-Hof 15. Telephon: Amt VII, 3848.  
Geöffnet: 9-1 Uhr Vorm., 5-7 Uhr Nachm., Sonntags geschl.  
Redaktionschluss am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.

Anzeigen:  
die 3 gespaltenen Zeitzelle 40 Pf. Im Abonnement  
entsprechender Rabatt.  
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 10.

Berlin, den 10. Mai 1903.

7. Jahrg.

## Die Gründe des verbliebenen Reichstags.

Am 30. April d. J. hat der alte Reichstag sein Dasein beendet, um den am 16. Juni neuwählenden Volksvertretern Platz zu machen. Wohl selten hat eine gesetzgebende Körperschaft dem arbeitenden Volke mehr Dankergeschenke gemacht, als der Reichstag vom Jahre 1898 in seiner fünfjährigen Legislaturperiode. Wir beschäftigen uns als Fachblatt im Allgemeinen nicht gerne mit der Politik. Aber die Verhältnisse zwingen uns heute, einen Rückblick zu thun auf die Tätigkeit des gewesenen Reichstags, weil das, was er geschaffen, schwer auch auf den Schultern unserer Kollegen und ganz insbesondere dieser lastet.

Seine Hauptthaten waren Vermehrung des Militärs, der Marine und Durchpeitschung des bekannten Zolltarifs. Sehen wir uns nun einmal diese Tätigkeit kurz näher an. Der Reichstag hat eine Vermehrung des Militärs im Jahre 1899 um rund 20 000 Mann vorgenommen. Insgesamt ist die Armee seit 1872 um über 70 pCt. vermehrt worden, während sich die Bevölkerung nur um 38 pCt. vermehrt hat. Die Ausgaben des Reiches für Heer und Marine sind von 821 028 200 Mkt. im Jahre 1872 auf 1 062 536 500 Mkt. gestiegen. Der Reichstag hat die Flotte bis ins Unerhörte vermehrt, so daß das deutsche Volk jetzt für diese einen Gesamtaufwand von 485 Millionen Mark zu tragen hat. Und diese Riesensummen, sie würden nicht etwa auf die starken Schultern der Kapitalisten, sondern auf die schwachen Schultern des arbeitenden Volkes gewälzt. Durch den Zolltarif, durch ungeheure Besteuerung der Lebensmittel sollten die Kosten für die Meeres- und Marineausgaben aufgebracht werden. Unter dem Schlagworte des Schutzes der Landwirtschaft wurde der Brotwucher vorbereitet und nach Niedertrampeln der Geschäftsordnung des Reichstages und Vergewaltigung der Minorität beschlossen.

Wie dieser Zolltarif speziell auf unseren Beruf oder vielmehr auf das Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe wirken muß, dafür lassen wir hier ein Unternehmerblatt, die „Expeditions- und Schiffszeitung“ sprechen. Diese schreibt:

„Für sämtliche wirtschaftlichen Berufsarten stand das verfloffene Jahr unter dem Zeichen der Zolltarifpolitik. Der alte Streit zwischen Freihändlern und Schutzöllnern, der sich lange Zeit hindurch nur noch auf kleine Plänkelen beschränkt hatte, entbrannte von Neuem auf das Heftigste, und zum Schaden für unseren Handel, speziell somit für Expedition und Schiffsahrt trug das mittelalterliche System der Schutzöllnerlei dieses Mal den Sieg davon. In seiner Dauererhöhung vom 13. bis 14. Dezember nahm der Reichstag den von der Regierung vorgeschlagenen und in den Kommissionsberatungen noch wesentlich zu seinem Nachtheile veränderten Zolltarif an. Dieser Tarif ist unzweifelhaft berufen, auf die kommerzielle und industrielle Entwicklung Deutschlands hemmend einzuwirken; seine Schädlichkeit wird sich indessen weniger durch unmittelbare schwere Folgen für unseren Handel fühlbar machen, als vielmehr durch den unfehlbar zu erwartenden ungünstigen Einfluß auf die Lebenshaltung der breiteren und breitesten Schichten der Bevölkerung und die dadurch bedingten mittelbaren wirtschaftlichen Nachtheile, ferner durch die sich naturgemäß ergebende Steigerung des im Körper der Nation haushenden sozialdemokratischen Fiebers, welches zellulärpathologisch erklärt zwar nur ein Bestreben dieses Körpers zur Betämpfung gewisser innerer morbider Zu-

stände bedeutet, unnützlich und gar künstlich verlängert jedoch außerordentlich schwächend auf alle Funktionen einwirken muß. Der neue Zolltarif ist auf jeden Fall das schlechteste Geschenk, welches das Jahr 1902 Expedition und Schiffsahrt gebracht hat.“

Der Zolltarif bedeutet also für die Handels- und Transportarbeiter verminderte Arbeitsgelegenheit und folgebessenen Hunger und Noth.

Andererseits steigert der Zolltarif die Preise für die nothwendigsten Lebensmittel ins Unerhörte und so sind es gerade die Handels- und Transportarbeiter, für die der Zolltarif, der Brotwucher, nicht eine einfache, sondern eine doppelte Auspressung bedeutet.

Heute noch haben viele keine Ahnung davon, wie das deutsche Volk in Zukunft durch die Kornzölle allein geschöpft werden soll. In Deutschland werden durchschnittlich pro Jahr 92½ Millionen Doppelzentner Roggen und Weizen verbraucht. Da nun der Doppelzentner bisher mit 8,50 Zoll belastet war, so mußte das deutsche Volk jährlich 92 500 000 × 8,50 Mkt. gleich 823 750 000 Mkt. aufbringen, die zum größten Theile nur die nothleidenden Großgrundbesitzer einsteckten. Aber diese gewaltigen Summen reichten für besagte Herren immer noch nicht aus. Ihre kostspielige Lebenshaltung, die Maitreffen und der Selt und das Sakarratenspiel, sie kosten eben ganz gewaltige Summen. Die Herrentafel verlangte deswegen kurzweg eine Verdoppelung der Zollsätze. Da nun der Zolltarif angenommen ist, wird in Zukunft das deutsche Volk den Großgrundbesitzern jährlich etwa 6 bis 700 Millionen Mark opfern müssen. Dazu kommen noch die Zollsätze für zahllose andere Produkte der Landwirtschaft und Industrie, die Fleisch- und Viehzölle, die Zölle auf Pferde, welche besonders für unseren Beruf von unheilvollem Einfluß sein werden. Auf ein Pferd müssen zünftigst an der Grenze je nach seinem Werthe 30 bis 80 Mkt. Zoll bezahlt werden. Deutschland führt jährlich im Durchschnitt etwa 100 000 Pferde ein, der Zoll hierfür würde also 8-86 Millionen betragen, die, von unseren Arbeitgebern bezahlt, deren Geschäftsbetrieb gewiß nicht fördern würden. Mancher kleine Lohnfuhrmann wird durch diese Zollpolitik ins Proletariat hinausgeworfen werden. Und dabei erreichen die kurzfristigen Agrarier gerade das Gegenteil von dem, was sie wollen. Nicht die einheimische Pferdebezug wird durch solche Zölle auf die Dauer begünstigt, sondern höchstens der Bau von Automobilen, die bald billiger als Pferde sein werden.

Die vermehrten Zölle auf Holz bedeuten eine Lahmlegung blühender Industriezweige und des damit verbundenen Handels. Die Fachzeitung, das Publikationsorgan der Holzindustrie schreibt hierzu: „In der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, der uns sicher bevorsteht, wenn uns der ausländische Markt oder ein Theil desselben verloren geht, wird es den Arbeitnehmern nicht gelücken, die Wertheuerung der Lebensmittel durch Zölle auf einen Arbeitgeber abzumwälzen, im Gegentheil dieser wird den Versuch machen, für die Opfer, die er bringen muß, sich an seinem Arbeiter schadloß zu halten. Die Folge des Mangels an Absatz der fertigen Waaren wird Mangel an Arbeitsgelegenheit sein und die Löhne werden sinken.“

Auch die Kleidung ist dem Arbeiter durch die Zölle vertheuert worden. Auf Garn, Baumwolle und Wolle, auf Leinen und Jute sind die Zölle erhöht, der Arbeiter als Massenkonsument muß die Kosten dafür tragen.

Ebenfalls ist dem arbeitenden Volke das Schuhwerk vertheuert worden. Durch die vom Reichstag beschlossenen

Zölle erhöhen sich die Herstellungskosten von Kossleder um 8 pCt., Kinderleder um 10 pCt. und Geschirrtleder um 9½ pCt. Wer so, wie wir, die Handels- und Transportarbeiter immer auf der Straße sein muß und daher viel Schuhwerk verbraucht, der verspürt diese Vertheuerung doppelt und dreifach.

So hat der Reichstag, so haben vor allen Dingen Konservative, Reichspartei, Nationalliberale und Centrum die verfloffene Legislaturperiode dazu benutzt, die Taschen der Reichen auf Kosten der Armen zu füllen. Die genannten Parteien schwärmen für indirekte Steuern, welche die beschloffenen Massen zu tragen haben, aber von Vermögens-, Erbschafts- und Luxussteuern für die Reichen wollen sie nichts wissen.

Auf Bier, Salz, Petroleum, Tabak, Spiritus, Zucker, alles Konsumartikel, welche die große Masse verbraucht, lasten Riesensteuersummen. Die Orden der Adligen und Kommerzienräthe zu besteuern, das hat der Reichstag, haben die genannten Parteien abgelehnt.

Und die sonstige Tätigkeit des verfloffenen Reichstags? Mit knapper Noth wurde das Zuchthausgesetz abgelehnt, das Centrum fürchtete den Abfall der Arbeiter im Rheinlande und in Schlesien, sonst hätte es ohne Weiteres für die Verraubung der Arbeiter um das Koalitionsrecht gestimmt. Unter der Vorgabe, die Arbeitswilligen, die Streikbrecher, weil sie dem Staate nützliche Elemente seien, zu schützen, sollte die Arbeiterschaft getnebelt werden. Und nur der flammende Protest, der entschlossene Widerstand der sozialdemokratischen Partei und der hinter ihr stehenden Arbeiter hat die Anschläge der Reaktion auf das Koalitionsrecht zu nichte gemacht.

Doch, werden die Kollegen sagen, der Reichstag hat auch Gutes gestiftet, wir erinnern an das Lebenschlussgesetz.

Mit Verlaub, auch hier haben die staatsbehaltenden Parteien ihr wohl gerüttelt und geschüttelt Maß dazu beigetragen, daß nichts Gescheutes aus der ganzen Gesetzesvorlage geworden ist. Statt des obligatorischen Achtuhr-Ladenschlusses haben wir einen vielfach mit Ausnahmen durchlöcherchten Neunuhr-Ladenschluß erhalten. Unterdessen hat sich längst in der Praxis herausgestellt, daß alle die gewählten Ausnahmen sehr überflüssig sind und man geht heute daran, sie mehr und mehr abzuschaffen. Nur die sozialdemokratische Fraktion stimmte und wirkte im Reichstage für einen obligatorischen Ladenschluß von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens, von den bürgerlichen Parteien hat sich keine einzige für den Achtuhr-Ladenschluß ins Zeug gelegt.

Uns, die Handelsarbeiter, hatten die bürgerlichen Parteien gelegentlich der Beratung der Gewerbeordnungsnovelle besonders ins Herz geschlossen.

Für die Einwohnern eine ununterbrochene Ruhepause von 11 Stunden normirt, für die Handelshilfsarbeiter nur eine solche von 10 Stunden. Am 16. Juni ist uns nun Gelegenheit gegeben, für diese besondere Bosheit uns gegenüber, den bürgerlichen Parteien die Quittung auszustellen. Wir würden Selbstmord begehen, wollten wir unter solchen Umständen den bürgerlichen Parteien, heißen sie nun Centrum, Konservativ, Nationalliberal oder Freisinnig, auch nur eine Stimme aus unseren Reihen zukommen lassen.

Auch bei der Reform der Unfallgesetzgebung sind die Handelsarbeiter abermals zu kurz gekommen. Das Handelsgewerbe ist nur zum Theil, nicht generell, wie wir es im Interesse der Kollegenschaft verlangt haben, in die Unfallversicherung einbezogen worden. Dank der













